

Noch in dieser Ausgabe:

Kommentar: Die Altersarmut wächst	S. 4	Interview: Grundeinkommensprojekte in	S.10
Im Westen nichts Neues	S. 5	Afrika	
Hartz IV vor's Verfassungsgericht	S. 6	Eigentlich ist Dieter ein netter Kerl...	S.12
Hartz IV muss weg	S. 7	DIE LINKE im Wedding wächst weiter	S.14
Das Geld ist da - auch für das Grund-	S. 8	Seid umschlungen, Fantastillionen	S.15
einkommen		Veranstaltungen und Bürgerangebote	S.16

# uff'n wedding

*Kiezzeitung vom Linkstreff*

## Kapitalismus führt zu Ungleichheit in der Gesellschaft

# „Armut wird erzeugt“

Nach der neuesten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben in Deutschland Armut und ungleiche Verteilung der Einkommen in den Jahren 2000 bis 2005 so stark zugenommen wie in keinem anderen Industrieland.

Der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, liegt inzwischen über dem OECD-Mittel. Gleichzeitig steigen höhere Einkommen überproportional an.

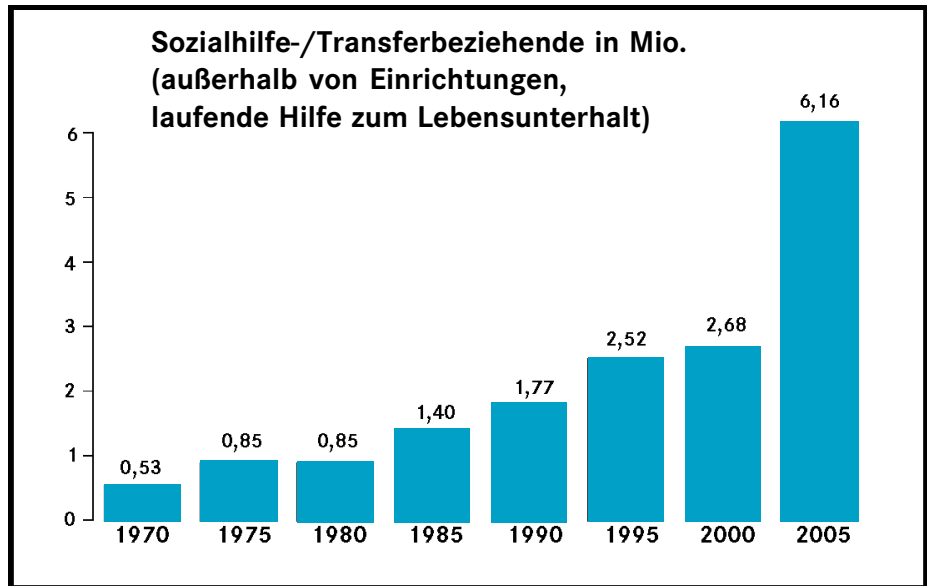
Noch ungleicher verteilt ist laut OECD das Vermögen: Die Hälfte des Geldvermögens ist in der Hand von zehn Prozent der Bevölkerung.

Die Armutsquote stieg in Deutschland zwischen 1995 und 2005 fünfmal so schnell wie im OECD-Durchschnitt.

Bei der Zunahme der Einkommensarmut zwischen 1985 und 2005 liegt Deutschland an zweiter Stelle aller 25 Industriestaaten. Und das, obwohl Deutschland nach wie vor Exportweltmeister ist und das Wirtschaftswachstum durchaus im Durchschnitt der Industriestaaten liegt.



Berücksichtigt man, dass auf der einen Seite in Deutschland obere Einkommen seit 2005 exorbitant gestiegen sind und auf der anderen Seite seitdem massenhaft reguläre Arbeitsplätze durch Schaffung und Ausweitung des Niedriglohnssektors weggefallen sind, dürfte die Entwicklung bis heute ein noch alarmierendes Ausmaß angenommen haben.



Dass gleichzeitig mit der OECD-Studie eine Forderung des konservativen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy nach einer Teilverstaatlichung der Schlüsselindustrien veröffentlicht wurde, macht das ganze Ausmaß deutlich, wie weit Deutschland seit der Regierungsbeteiligung der SPD in eine erkonservative, neoliberale Gegenwart geführt wurde.

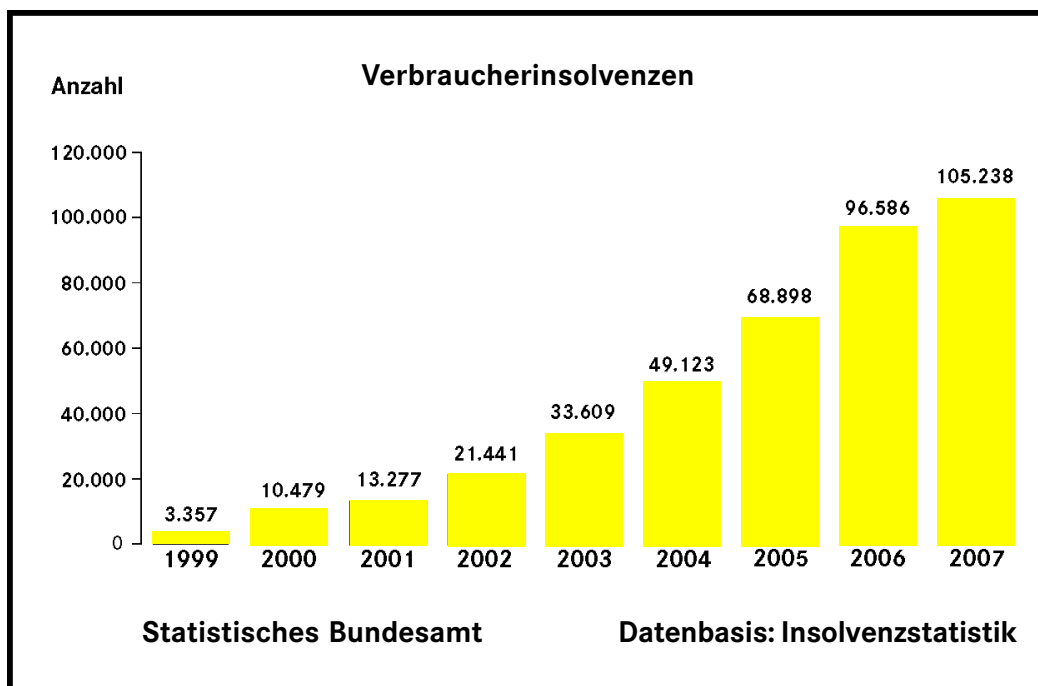
**„Armut ist selten selbst verschuldet. Armut wird erzeugt, entweder durch die Mechanismen des ökonomischen Systems oder durch konkrete politische Handlungen beziehungsweise Unterlassungen.“**  
**Jürgen Roth 1997**

Das weit verbreitete Vorurteil, die meisten Verbraucherinsolvenzen entstünden durch unwirtschaftliche Haushaltsführung, werden

durch eine Studie vom Statistischen Bundesamt vom 21. Oktober klar widerlegt. Weniger als 9 % der Privatinsolvenzen sind hierauf zurückzuführen,

dagegen über 60 % auf Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle, Schicksalsschläge oder gescheiterte Selbständigkeit.

Ein Wirtschaftssystem, in dem die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander driftet, in dem die Un-



In den Vereinigten Staaten werden große Anteile des 700 Milliarden-Dollar-Rettungspaketes dazu verwendet, Dividenden für die Aktionäre auszuschütten und Bonuszahlungen für 2008 an Manager der Finanzinstitute bereitzustellen. Alleine die drei größten Banken in den USA planen Prämienausschüttungen an ihre „erfolgreichen“ Manager in Höhe von jeweils über 6 Milliarden Dollar.

Merrill Lynch etwa, seit fünf Quartalen in Folge mit Minuszeichen in der Bilanz, hat 6,7 Mrd. Dollar für Bonuszahlungen an das Spitzenmanagement zurückgestellt. Das entspricht einem Betrag von 110.000 Dollar für jeden der insgesamt 60.900 Beschäftigten. Das geringe Plus ist mit den vorgenommenen 3000 Stellenstreichungen zu erklären.

Allein die Bezüge der Mitarbeiter der sechs größten Banken summierten sich für die bisherige Arbeit in diesem Jahr auf über 70 Milliarden US-Dollar (50 Milliarden Euro).

Während die Arbeitnehmerinkommen in Deutschland von 1.100 Mrd. Euro im Jahr 2000 lediglich auf 1.180 Euro im Jahr 2007 stiegen, explodierten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum von 424 Mrd. auf 645 Mrd. Euro.\*

Die nominalen Bruttolöhne stiegen zwischen 2000 und 2006 nur um 6,2 % während im gleichen Zeitraum die Gewinne von Kapitalgesellschaften im gleichen Zeitraum um 55 % stiegen.\*\*

Im Jahr 2007 gab es eine wahre Gewinnexplosion bei den DAX-Unternehmen, unter ihnen auch solche, denen jetzt mit Steuergeldern durch die Rettungshilfen der Regierung Milliarden zugeschanzt werden.

Deutsche Bank + 8 % Nettogewinn zu 2007, Commerzbank + 20 %, Postbank + 25 %, Dt. Börse +36 %, Bayer +180 %, Merck +366%

\*Quelle: Statistisches Bundesamt

\*\* Quelle: StBA-VGR

gleichheit in allen Bereichen der Gesellschaft immer größer wird – Frauen erhalten für die gleiche Arbeit weniger als Männer, Ostdeutsche weniger als Westdeutsche – in dem branchenbedingt unterschiedliche Löhne für Facharbeiter von bis zu 400 % tariflich festgelegt sind; ein Wirtschaftssystem, in dem mit Geld mehr zu verdienen ist, als mit der Schaffung von Wirtschaftsgütern oder Dienstleistungen am Menschen, der Anteil am Volkseinkommen durch Arbeit immer mehr abnimmt und der von Kapitaleinkünften immer größer wird; ein Wirtschaftssystem, in dem immer weniger Menschen von ihrer Arbeit trotz Vollzeitbeschäftigung leben können, während gleichzeitig einige in der Gesellschaft ohne Arbeit das 1.000fache und mehr „ver-

dienen“; ein solches Wirtschaftssystem kann niemals das richtige sein. Soll doch dieses System den Menschen dienen und nicht die Menschen dem System, oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Gesellschaft sollte nicht unter Verzicht auf Teilhabe am produzierten Reichtum der Gesellschaft einer Minderheit dazu dienen, unter Ausbeutung von Menschen und Ressourcen Vermögen und Macht anzuhäufen.

Konnte man sich in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre noch halbwegs mit der „sozialen“ Marktwirtschaft arrangieren, so ist der heutige Kapitalismus mit allen legalen Mitteln weltweit zu bekämpfen.

*Werner Schulten*

*DIE LINKE im Wedding*

## Kommentar

# Die Altersarmut wächst

## Erwerbsunfähigkeitsrentner sind besonders benachteiligt

Nachdem die Altersarmut in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zurückgegangen war, wächst sie nun wieder. Allein 2007 ist die Zahl der Empfänger von Grundsicherung, wie seit fünf Jahren die Sozialhilfe für Rentner heißt, in der Bundesrepublik um 51 000 Personen oder 7,4 Prozent auf 733.000 Personen gestiegen. Seit Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 betrug der Anstieg satte 67 Prozent.

Liberalen und konservativen Kreisen haben sogar die Chuzpe das als Erfolg zu verkaufen. Die Rentner würden nun zum Amt gehen, statt verschämt das Sozialamt zu meiden. In Wirklichkeit setzen sich nun die diskontinuierlichen Lebensläufe der 80er und 90er Jahre durch. Da sich daran nichts geändert hat, wird die Zahl derjenigen Rentner, die im Schnitt von 625 Euro im Monat leben müssen (so hoch ist der durchschnittliche „Bedarf“ eines Grundsicherungsempfängers), weiter steigen.

46 Prozent der Bezieher von Grundsicherung waren 2007 zwischen 18 und 64 Jahre alt, größtenteils also Erwerbsunfähigkeitsrentner. Wegen einer Krankheit oder einer Behinderung vorzeitig in den Ruhestand gehen zu müssen, ist oft ein Freifahrtschein in die Armut. Wer etwa in den 90er Jahren fünf Jahre lang 1800 Mark netto verdiente und um die Jahrtausendwende berentet wurde, kann heute mit einer regulären Rente von 380 Euro im Monat rechnen und ist damit ein Fall für die Grundsicherung, wenn er kein Vermögen hat.

Bereits die reguläre Rente wurde durch Demografiefaktor, Krankenkassenbeiträge und unzureichende Rentenerhöhungen geschmälert. Bei der Erwerbsunfähigenrente kamen in den letzten 15 Jahren noch eine verschlech-

terte Anrechnung der Ausbildungszeiten und eine überproportionale Absenkung hinzu.

Zur Armut kommt für die Erwerbsunfähigkeitsrentner die gesundheitliche Beeinträchtigung. Einschränkung der Mobilität, Schmerzen, selbst die Genussfähigkeit kann begrenzt sein, wenn sie etwa nicht alles essen oder wegen Medikamenten keinen Alkohol trinken dürfen. Sie sind die schlechtestgestellte Gruppe in unserer Gesellschaft, neben Asylbewerbern und Illegalen.

Eine Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die LINKE meint es damit ernst. In ihrer Rentenkampagne setzt sie sich für eine Rentenreform ein, die vor allem die unteren Renten bevorzugt. Kein Rentner soll weniger als 800 Euro im Monat bekommen. Die Bedingungen für Erwerbsunfähigkeitsrentner sollen verbessert werden.

Der Vorschlag der LINKEN bewegt sich innerhalb des unübersichtlichen Punktesystems, nach dem heute die Rente berechnet wird. Zu überlegen wäre aber auch eine Zweikomponentenrente, die sich aus einer Grundrente für alle und einer leistungsabhängigen Zusatzrente für die ehemals Erwerbstätigen zusammensetzt. In Holland spricht man von einem Cappuccino-Modell. Kaffee, also Grundrente, für alle, Milch nach Leistung und als Sahnehäubchen die eigenen Ersparnisse. Das wäre ein Zwischenschritt für einen großen Umbau des Sozialsystems durch ein existenzsicherndes Grundeinkommen für alle. Die Rentner hätten es verdient, als erste in den Genuss einer solchen Segnung zu kommen.

Thomas Kilian  
DIE LINKE im Wedding

# Im Westen nichts Neues. oder doch?

Seit einigen Wochen geistert ein angeblich von Kurt Tucholsky stammendes Gedicht durch Internet und Zeitungen, bei dem der Autor ganz offensichtlich versucht hat, Kurt Tucholsky zu imitieren. Wäre da nicht von Leerverkäufen und Derivaten die Rede gewesen, so hätte man glatt drauf reinfallen können.

Verbreitet wurde gleichzeitig die Information, das Gedicht sei 1930 in der Weltbühne veröffentlicht worden.

Über den Autor, Richard Kerschhofer alias Pannonicus ist recht wenig zu erfahren, außer, dass er quasi über Nacht bekannt wurde und, allerdings ohne konkrete Angaben, der rechten FPÖ zugerechnet wird.

Veröffentlicht hat Kerschhofer das Gedicht unter dem Titel „Höhere Finanzmathematik“ am 27. September 2008.

## Das Kuckucksei in Auszügen

Wenn die Börsenkurse fallen,  
regt sich Kummer fast bei allen,  
aber manche blühen auf:  
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben  
Dinge, die sie gar nicht haben,  
treten selbst den Absturz los,  
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten  
tun sie sich mit Derivaten:  
Wenn Papier den Wert frisiert,  
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,  
haben Sparer nichts zu lachen,  
und die Hypothek aufs Haus  
heißt, Bewohner müssen raus.



Die Folgen der Finanzkrise

# Hartz IV-Armut kommt vor das Bundesverfassungsgericht

Darmstadt - Nach einer Entscheidung des hessischen Landessozialgerichts reichen die Hartz IV-Regelsätze nicht aus, um das soziokulturelle Existenzminimum der Arbeitslosen zu sichern. Die pauschalen Sätze, die der Gesetzgeber für bedürftige Arbeitslose und ihre Kinder festgesetzt hat, sind nach Ansicht der Darmstädter Richter zu niedrig und verstoßen gegen die Menschenwürde der Arbeitslosen, gegen den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz, gegen das Schutzgebot für Ehe und Familie sowie gegen das Rechts- und Sozialstaatsprinzip.

„Das Bundesverfassungsgericht fordert einen Schutz des Existenzminimums ohne wenn und aber“, sagte der Vorsitzende Richter Jürgen Borchert bei Bekanntgabe des Beschlusses. Doch der Gesetzgeber habe die Regelsätze so begrenzt, dass allenfalls das „nackte Überleben“ gewährleistet sei.

Anlass für das Verfahren war die Klage einer Familie aus Eschwege. - Vater, Mutter und eine 14 Jahre alte Tochter. Die Arbeitsagentur Werra-Meisner hatte ihnen im Jahr 2005 einen monatlichen Betrag von knapp 830 Euro zugesprochen, je 311 Euro für die Eltern und 207 Euro für die Tochter. Hinzu kamen Miete und Heizkosten. Die Summe entsprach zwar den gesetzlichen Vorgaben, aber die Familie K. sah ihr Existenzminimum nicht gedeckt und forderte nachträglich eine monatliche Aufstockung um 355 Euro. Vor allem für die Tochter würde das Geld hinten und vorne nicht reichen. Das Kind könne sich kaum Hefte, Schuhe oder Klassenfahrten leisten.

Bislang hatten schon mehrere Arbeitslose haben erfolglos versucht, die Regelsätze des Sozialgesetzbuchs II gerichtlich auszuhebeln. Das Bundessozialgericht hatte die Hartz IV-Armut 2006 gebilligt, ein Urteil über die Summe für Kinder steht Mitte November an.

Familie K. hatte ihren Bedarf genau beziffert und das Gericht stützte seine Entscheidung auch auf die Aussage mehrerer Gutachter. In der mehr als sechs Stunden dauernden Verhandlung wurden die Berechnungsmethoden des Gesetzgebers kritisiert. Nachdem vier Gutachten zur Bedarfsbemessung eingeholt

worden waren, beanstandeten die Darmstädter Richter, dass der besondere Bedarf von Familien mit Kindern durch die Regelleistungen nicht berücksichtigt werde. Für die Begrenzung der Leistung für Kinder auf 60 Prozent des Regelsatzes eines Erwachsenen fehle es an einer hinreichenden Begründung.

Nicht ersichtlich sei auch, weshalb 14-jährige Kinder trotz höheren Bedarfs die gleiche Summe erhielten wie Neugeborene. Das Bundesverfassungsgericht habe bereits 1998 bei der Prüfung der Steuerfreibeträge den damals geltenden Regelsatz für Kinder beanstandet, weil dieser den außerschulischen Bildungsbedarf nicht berücksichtige. Diese höchstrichterliche Entscheidung sei bei der Hartz-IV-Gesetzgebung nicht beachtet worden, kritisierte das Landessozialgericht.

Die Regelsätze seien weder mit der Menschenwürde, noch mit dem Gleichheitsgebot und dem sozialen Rechtsstaat vereinbar. Beim Bundesverfassungsgericht wird nun die Frage anstehen, wie viel Gestaltungsspielraum der Gesetzgeber hat, wenn es um Hilfe für Bedürftige geht. In welchem Umfang können Gerichte statistische Methoden kontrollieren oder verwerfen? Der Vertreter der Bundesregierung kritisierte, die Sozialgerichte hätten schon »viel Kreativität darin bewiesen, Gesetze verfassungskonform auszulegen und sich als Bedarfslückenschließer zu betätigen«. Was volkswirtschaftlich wünschenswert sei, sei juristisch nicht immer zwingend. (Az. L 6 AS 336/07).

*Michal Born  
DIE LINKE Straubing*

## Neue Landesarbeitsgemeinschaft gegründet

# Hartz IV muss weg

**Dies ist eine zentrale Forderung, mit der DIE LINKE angetreten ist.**

**Dies ist auch die zentrale Forderung** der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV zur Vertretung der Interessen der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten im Landesverband Berlin der Partei DIE LINKE (LAG Hartz IV Berlin).

Eine Hauptaufgabe dieses Zusammenschlusses wird neben der Durchsetzung dieser Forderung die Erarbeitung eines Alternativkonzeptes sein.

### **Unabdingbare Bestandteile dieses Konzeptes sollen sein:**

- Jeder soll teilhaben am sozio-kulturellen Leben. Daher muss die finanzielle Absicherung mindestens 60 % des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland (Armutsriskogrenze – zurzeit ca. 950 •) betragen.
- Diese Mindestsicherung muss repressionsfrei und individualisiert ausbezahlt werden.

Eine weitere Hauptaufgabe wird darin bestehen, für die schrittweise Einführung eines Mindestlohns von 10 •+ zu streiten.

**Solange Hartz IV existiert, wird der Zusammenschluss eintreten für eine Erhöhung des Regelsatzes bis zur Armutsriskogrenze, die Abschaffung von Sanktionen, Verhinderung von Willkür bei den Jobcentern (Kontrolle der Jobcenter), ein Verbot von Leiharbeit (moderne Sklaverei), die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs, gegen das Unterlaufen von Flächentarifverträgen u.v.m.**

**Die erste Gesamtmitgliederversammlung findet am 22. November von 13.00 – 17.00 Uhr im Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 in Berlin-Mitte statt.**

**Kornelia Möller MdB wird ein Referat halten mit dem Thema:**

**„Hartz IV überwinden - Für eine Neuorientierung der gesamten Arbeitsmarktpolitik“**

*Werner Schulten*

- Anzeige -		
	<p><b><u>Nein zum Krieg -</u></b> <b><u>Ja zum gerechten Handel</u></b></p> <p>Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.</p> <p>Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.</p> <p><b><a href="http://www.eine-welt-import.de">www.eine-welt-import.de</a></b></p> <p>Fordern Sie unseren Prospekt an: Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18, 13585 Berlin e-mail: <a href="mailto:info@eine-welt-import.de">info@eine-welt-import.de</a></p> <p>- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -</p>	 <p>United Globes</p>  <p>Buddhas</p>  <p>Cubita-Kaffee</p>
	<p><b>Kostenlose Rechtsberatung</b></p> <p>zu Hartz IV-Fragen durch einen unserer Rechtsanwälte jeden 1., 2. und 3. Mittwoch im Monat von 17 - 19 Uhr im LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin</p> <p>RA René Wenker RA Karl Schwarz RA Michael Groß</p> <p>Informationen zu Hartz IV jeden Donnerstag von 17 - 19.00</p>	

## Kongress in Berlin zu globalem Menschenrecht

# Das Geld ist da – auch für das Grundeinkommen

### Neue Ansätze zur Vernetzung über ideologische Grenzen hinweg

Der bisher größte deutschsprachige Grundeinkommenskongress fand am letzten Oktoberwochenende in Berlin statt. Die Veranstalter zeigen sich mit den Ergebnissen zufrieden.

Rund 700 Teilnehmer fanden den Weg nach Berlin, zum 3. deutschsprachigen Grundeinkommenskongress. Damit wurden die Teilnehmerzahlen der Vorgängerkongresse in Basel (mit 300 Teilnehmern) und Wien (dort waren 500 Interessenten angereist) deutlich übertroffen. »Wir sind ziemlich beeindruckt, in welcher großen Breite das Thema von unterschiedlichsten Organisationen und Vereini-

tionen höchst unterschiedlich sind, sehen die Veranstalter in den vier Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen einen Konsens, der von allen Teilnehmern des Kongresses geteilt wird.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen verdient diesen Namen nur, wenn es individuell, in existenzsichernder Höhe, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Gegenleistung ausgezahlt wird. Der jüngste Kongress in Berlin hatte vier entscheidende Ergebnisse: Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein globales Menschenrecht und muss als globales, soziales Recht diskutiert werden. »Für die Finanzierung eines weltweiten Grundein-

kommens, immer orientiert an den jeweiligen Lebensumständen in den einzelnen Ländern, müssen alle Staaten nur 0,7 bis 1 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukt abgeben«, schätzt Dagmar Paternoga von Attac Deutschland, die selbst viele Jahre als Entwicklungshelferin gearbeitet hat. »Es kann mir niemand mehr erzählen, dass Billionen von US-Dollar auf einmal verfügbar sind, aber die 70 Milliarden US-Dollar, die zur weltweiten Bekämpfung des Hungers nötig wären, nicht vorhanden sind«, so Paternoga. 70 Milliarden US-Dollar ist die benötigte Summe, die ein Team von UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler zur weltweiten Bekämpfung des Hungers errechnet hat.

Zweites Resultat des Kongresses ist die Erkenntnis, dass neben dem Grundeinkommen weitere bedingungslose Zugänge zur Teilhabe



gungen diskutiert wird«, meinte Christoph Schlee, der Pressesprecher des Netzwerkes Grundeinkommen Deutschland. Das Netzwerk ist einer der Veranstalter dieses Kongresses. Obwohl die Modelle der einzelnen Organisa-





an der Gesellschaft – beispielsweise im Bereich Gesundheit und Bildung – gewährt werden müssen. Grundeinkommen und Frauenemanzipation spielten in vielen Veranstaltungen des Kongresses eine große Rolle. Bei diesem Thema ist Grundeinkommen ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Mann und Frau aus der Welt zu schaffen, so ein weiteres Resümee der Veranstalter.

»Ein viertes wichtiges Ergebnis ist eine große Übereinstimmung bei vielen Teilnehmern über das emanzipatorische Grundeinkommen«, bilanziert Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen. So vernetzten sich bereits im Vorfeld des Kongresses Vertreterinnen und Vertreter emanzipatorischer Grundeinkommensansätze aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Spanien, um koordiniert in die Debatte zum Grundeinkommen eingreifen zu können und sich zudem deutlich von neoliberalen Modellen abzugrenzen. »Ein emanzipatorisches Grundeinkommen erfüllt nicht nur die vom Netzwerk formulierten Kriterien, sondern enthält weitere Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, gesetzlicher Mindestlohn, Berücksichtigung der Mehrbedarfe

bestimmter Personengruppen, Umverteilung von oben nach unten durch Änderungen im Steuersystem und einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme«, erklärt Stefan Wolf, Sprecher der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. Künftig wollen sich die Grundeinkommensbefürworter mindestens einmal jährlich treffen.

Götz Werner, Gründer der Drogeriekette „dm“ und Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens, der erstmalig an einem deutschsprachigen Grundeinkommenskongress teilnahm, hält die Abgrenzung der unterschiedlichen Modelle für kontraproduktiv. »Die Idee des Grundeinkommens ist ein Kulturimpuls, der das Denken von Jahrhunderten, ja Jahrtausenden erst mal aufweichen muss. Die genaue Ausgestaltung wird erst relevant, wenn es Eingang in die Programmdebatten der Parteien findet.«, so der Unternehmer. Trotz aller Unterschiede halten sich die ideologischen Grabenkämpfe in Grenzen, betonen die Veranstalter. »Wir reden lieber miteinander als übereinander«, sagt Christoph Schlee.

*Robert Krüger-Kassissa  
DIE LINKE im Wedding*

## Interview mit Engelhardt Unaeb (Namibia) und Harry Kamboni (Sambia) für uff´n Wedding

# Grundeinkommensprojekte in Afrika

„Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann die Kluft zwischen Arm und Reich verringern“

Engelhardt Unaeb aus Namibia und Harry Kamboni aus Sambia sprachen mit uff´n Wedding über die Grundeinkommensprojekte in ihren Ländern.

*Herr Unaeb, erklären Sie bitte kurz das Grundeinkommensprojekt in Namibia?*

Ich bin von der lutherischen-evangelischen Kirche in Namibia. Wir betreuen zusammen mit anderen Organisationen das Basic-income-grant-Projekt. Wir hatten anfangs mit einigen Hindernissen zu kämpfen, aber wir haben eine große Koalition mit vielen Organisationen geformt.

Vor sechs Monaten starteten wir ein Pilotprojekt in einer kleinen Gemeinde namens Otijvero, 120 km außerhalb der Hauptstadt Windhoek. In dieser Gemeinde waren Armut und Kriminalität besonders auffällig, deshalb wurde diese Gemeinde ausgewählt. Jeder Einwohner dieser Gemeinde bis auf Menschen über 60 Jahre erhalten ein bedingungsloses



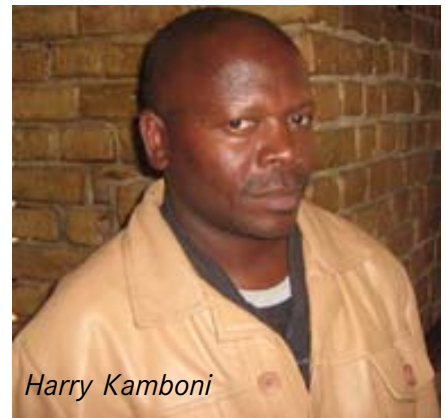
Engelhard Unaeb

Grundeinkommen in Höhe von 100 namibische Dollar. Das sind derzeit etwas weniger als acht Euro. Eltern nehmen das Geld für ihre Kinder in

Empfang. Die über 60-jährigen erhalten kein Grundeinkommen, weil diese Menschen bereits eine Rente vom Staat erhalten.

*Herr Kamboni, sagen Sie bitte was zu dem Projekt in Sambia.*

Wir hatten in Sambia fünf Orte, an denen es Grundeinkommensprojekte mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, GTZ, gab. Dort erhalten die Menschen zwischen sechs und acht Euro pro Monat. Auch ohne Gegenleistung, allerdings wurde hier vorher genau ausge-



Harry Kamboni

wählt, welche Familien Geld erhalten. Es wurden die Familien genommen, die besonders von Armut und Hunger betroffen sind.

*Sind die Projekt zeitlich begrenzt?*

**Unaeb:** Ja, unser Projekt ist auf zwei Jahre begrenzt. Alle sechs Monate machen wir eine Auswertung über die bisherigen Ergebnisse. Vor uns liegen noch 1,5 Jahre. Die Finanzierung dieser 1,5 Jahre ist gesichert. Unser erklärtes Ziel ist es, Grundeinkommen auf ganz Namibia auszuweiten, so dass hoffentlich bald alle Menschen in Namibia ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Denn die bisherigen Erfahrungen sind ausgesprochen positiv.

*Was sind denn die positiven Erfahrungen?*

**Unaeb:** Als allererstes: Die Menschen hungern nicht mehr. Die Schulbildung der Kinder hat sich verbessert, denn jetzt, wo alle Eltern wieder Schulgeld bezahlen, können die Lehrer

wirklich Unterricht machen und Materialien anschaffen. HIV-Kranke nehmen regelmäßig ihre Medikamente und fahren regelmäßig ins Krankenhaus. Die Menschen reparieren ihre Häuser. Der Holzdiebstahl und illegale Jagd geht deutlich zurück. Einige haben sogar kleine Geschäfte aufgemacht.

Nacht ohne finanziellen Hilfen da, was unter anderem dazu führte, dass viele HIV-Kranke ihre Medizin nicht mehr bezahlen konnten und gestorben sind. Wir hoffen sehr, dass das Projekt schnellstmöglich weitergeht. Das Projekt wurde von der GTZ an die britische Entwicklungszusammenarbeit abgegeben.



Robert Krüger-Kassissa (M) im Gespräch mit Harry Kamboni (li) und Engelhard Unaeb (re)

*Herr Unaeb, ist es nicht verwunderlich, dass gerade ein afrikanischer Staat wie Namibia zuerst ein bedingungsloses Grundeinkommen-Projekt einführt und nicht ein reicher Staat aus dem Norden?*

**Unaeb:** Ein bisschen schon. Allerdings dürfen Sie nicht vergessen, dass auch in Namibia die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann diese Kluft verringern. Das waren die Hoffnungen im Vorfeld des Projektes und die haben sich jetzt schon bewahrheitet.

Das klingt in der Tat sehr positiv. Gibt es gar nicht negatives wie beispielsweise erhöhten Alkoholkonsum?

**Unaeb:** Im Vorfeld sagten viele Kritiker, wir würden die Menschen faul machen oder zum verstärkten Alkoholkonsum verleiten. Natürlich können wir nicht und wollen wir nicht jeden kontrollieren, aber wenn es so was gibt, dann sind das Ausnahmen. Die Menschen im Dorf achten auch untereinander sehr genau darauf, was die anderen Dorfeinwohner mit dem Grundeinkommen anstellen.

*Und wie sind die Erfahrungen in Sambia?*

**Kamboni:** Auch unsere Erfahrungen waren ähnlich positiv wie in Namibia. Allerdings ist die GTZ nun ausgestiegen. Dies hat verheerende Folgen. Die Menschen standen über

*Der UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler hat errechnet, dass es weltweit für einen Zeitraum von fünf Jahren nur 82 Milliarden US-Dollar braucht, um die UN-Millenniumsziele und damit die acht schlimmsten Plagen der Menschheit, u.a. den weltweiten Hunger, endgültig zu besiegen. Hingegen pumpen westliche Staaten gerade Billionen von US-Dollar in den Finanzmarkt. Empört Sie das?*

**Kamboni:** Nun ja, es zeigt zumindest wo der Westen die Prioritäten setzt. Doch das ist zu kurz gedacht. Denn der Westen wäre ein großer Nutznießer eines stabilen Afrikas ohne Hunger. Damit ließen sich viele Probleme lösen, zum Beispiel auch die der illegalen Einwanderung nach Europa.

*Fragen: Robert Krüger-Kassissa  
DIE LINKE im Wedding*

## An psychischen Krankheiten leidet nicht nur der Patient, sondern auch die Umwelt

# Eigentlich ist Dieter ein netter Kerl...

Psychisch Kranke ballen sich in den armen Stadtvierteln, weil sie selbst arm sind. Einerseits brauchen sie unsere Unterstützung, andererseits sind sie gelegentlich eine Belastung. Den armen Stadtteilen wie Wedding steht daher ein Ausgleich zu, dafür, dass sie mit der Integration der Kranken eine besondere Leistung für die Gesamtstadt erbringen.

Dieter irrt wieder durch den Stadtteil. Er redet wirres Zeug mit sich selbst, bettelt im Nachbarschaftscafe um ein Essen und wirft mit Stühlen, wenn er es bezahlen soll, und schnorrt Freunde um Geld an, weil er es nicht mehr auf die Reihe bekommt zu kochen, ohne dann die mindeste Dankbarkeit zu zeigen. Die Kinder verspotten ihn, die Freunde sind ratlos.

Dieter ist eigentlich ein netter Kerl. Aber er ist krank. Er hat eine Psychose. Alle paar Monate dreht er für rund drei Wochen ab, verliert den Kontakt zur Realität, gibt zuviel Geld aus. Dadurch hat der 44-jährige seine Freundin verloren und seine Karriere als Schauspieler ruiniert. Selbst im Bürgerverein war er wegen seiner Ausfälle untragbar geworden. Wenn sich nicht ein Betreuer um seine Finanzen kümmern würde und dafür sorgte, dass seine Miete bezahlt wird, hätte er wohl auch seine Wohnung verloren. Ein Großteil der Obdachlosen ist psychisch krank.

Dieters Schicksal ist nicht zwangsläufig. Psychisch Kranke können sich von einem Arzt oder in der Psychiatrie behandeln lassen. Allerdings gibt es im Wedding zuwenig Psychiater. Eine ganze Reihe hat den Stadtteil in den letzten Jahren verlassen, nachdem die Bezirkszuordnung der Ärzte aufgehoben wurde und sie sich überall in der Stadt niederlassen konnten. Geblieben sind nicht immer die Besten.

Die Erfolgchancen einer Behandlung sind relativ gut, wenn der Patient seine Pillen nimmt

und regelmäßig zum Psychiater geht. Manchen helfen auch Selbsthilfegruppen oder eine medikamentenfreie Betreuung, beispielsweise im Weglaufhaus in Frohnau. Aber Dieter nimmt keine Hilfe in Anspruch. Er sieht nicht einmal ein, dass er krank ist, sondern hält die Krankheit für den Ausdruck seiner künstlerischen Persönlichkeit.

Sein Psychiater, bei dem er das letzte mal vor drei Monaten war, sagt nur, dass es zur Krankheit gehöre, dass die „Umwelt irgendwann mehr an dem Patienten leidet, als dieser an sich selbst.“ Er verweist auf den Sozialpsychiatrischen Dienst. Doch der greift nur bei Fremd- oder Selbstgefährdung ein. Aber Dieter ist für einen Psychoten verhältnismäßig friedlich. Auch gibt es keine Anzeichen, dass er sich umbringen möchte. Die meisten Selbstmörder sind psychisch krank, in der Mehrzahl allerdings die sehr häufigen Depressiven, die aber davon abgesehen eine bessere Prognose haben. Das größte Risiko für Dieter ist wohl verprügelt zu werden, wenn er jemanden dumm kommt.

Dieter ist eigentlich ein leichter Fall. Er ist nicht völlig desorientiert. Seine Assoziationsketten haben noch einen losen Bezug zur Realität. Manchmal ist es für den Kranken leichter, eine schwere Psychose zu haben. Dann kann man sich nicht so leicht in die Tasche lügen.

Vor dreißig Jahren griff der Sozialpsychiatrische Dienst schneller ein. Psychisch Kranke wurden häufig einfach weg-

gesperrt, was die Betroffenen oft als Freiheitsberaubung erlebten. Außerdem erwischte es immer wieder Menschen, die gar nicht krank waren, sondern einfach eine extreme Persönlichkeit. Mittlerweile versucht man psychisch Kranke in den Stadtteilen leben zu lassen und „gemeindenah“ zu betreuen. Die meisten fallen auch weiter gar nicht auf.

Psychisch Kranke leben meist in armen Stadtteilen wie dem Wedding. Das hat damit zu tun, dass psychische Krankheiten häufig ein Freifahrtschein in die Armut sind. Bei Depressiven bleibt es häufig bei einem deutlichen Karriereknick, aber die meisten Psychoten werden früher oder später verrentet. Erwerbungsunfähigkeitrente ist deutlich niedriger als die normale Rente. Zudem erwischt es die Kranken meist vor dem 30. Le-

bensjahr. Die Ansprüche sind ohnehin gering. Die meisten sind auf Grundsicherung angewiesen. Viele lassen sich daher auch nicht berenten, sondern leben dauerhaft von Hartz IV. Sie alle sind auf die günstigeren Wohnungen in den ärmeren Stadtteilen angewiesen.

Die Integration von psychisch Kranken ist eine der Leistungen, die ein armer Stadtteil wie Wedding für die Gesamtstadt erbringt. Eine Andere ist zum Beispiel die Integration von Neuankömmlingen aus der ganzen Welt, die erst mal im Wedding aufschlagen und sich dann über die Stadt verteilen, falls sie sich etablieren. Stichwort: Transitgebiet. Das hat sehr negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt in unseren Stadtteilen.

Es wird zwar immer wieder auf die Lage der psychisch Kranken hingewiesen – zum Beispiel in der Woche der seelischen Gesundheit oder dem Tag der Depression, beide im letzten Monat. Aber es wird nur verschämt diskutiert, dass psychisch Kranke auch eine Belastung sein können, vor allem, wenn sie sich nicht behandeln lassen. Zuvörderst natürlich für ihre Familie, aber auch für den Stadtteil. Dennoch sollte man ihnen mit Verständnis begegnen, denn es kann jeden treffen, auch einen selbst oder jemanden aus der Familie. Man weiß von dieser unglücklichen Veranlagung erst, wenn sie ausbricht.

Vielmehr sollte man darauf verweisen, dass wir in den ärmeren Stadtteilen diese Belastung für die Gesellschaft auf uns nehmen und daher ein Recht darauf haben, in der Stadtpolitik einen Ausgleich zu fordern. Also beispielsweise nicht nur Einrichtungen für die psychisch Kranken selber, sondern auch eine privilegierte Ausstattung mit Bürger- und Nachbarschaftszentren oder Familienhilfe.

*Thomas Kilian  
DIE LINKE im Wedding*

P.S.: Dieter heißt natürlich nicht Dieter, aber es gibt ihn.

### **„Kümmere Dich“ e. V. Berlin-Mitte**

Krisen und Ängste – Probleme oder Depressionen? Alkohol, Medikamenten- oder Drogenabhängigkeiten bei Ihnen oder Ihren Angehörigen? Ob Kummer oder Not, Einsamkeit, Wut oder Trauer, Krankheit, Jobverlust oder soziale Probleme. Fühlen Sie sich angesprochen? Für Menschen, die unter solchen Problemen leiden, ist der Verein „Kümmere Dich“ e. V. Berlin-Mitte da. Der Verein betreibt ein alkohol- und drogenfreies Selbsthilfezentrum, um in Not geratene Menschen zu unterstützen, sie zu fördern und Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. (Grafik: Logo von „Kümmere Dich“ e. V.)

Die Weddinger Selbsthilfezentren:

„Kümmere Dich“ e.V.

Soldiner Straße 43 - 13359 Berlin

Tageszentrum M32 (kbs e.V.)

Malplaquetstr. 32 - 13347 Berlin

Tageszentrum Wiese 30 (kbs e.V.)

Wiesenstr. 30 - 13357 Berlin

## DIE LINKE im Wedding wächst weiter

DIE LINKE im Wedding verbreitert ihre Basis. Wir sind uns bewusst, dass im Wedding anteilig an der Bevölkerung die meisten sozial Benachteiligten Berlins leben. Um die Probleme der Menschen in den einzelnen Weddinger Kiezen besser zu erfassen und ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen bzw. sie zu politischen in Kommune und Land zu machen, haben wir uns entschlossen, mehrere Basisorganisationen vor Ort zu gründen. Im Einzelnen wurden in den letzten Monaten folgende Gruppen gebildet: BO Sprengelkiez, BO Afrikanisches Viertel/Brüsseler Kiez, BO Gesundbrunnen, BO Soldiner Kiez, BO Schillerpark und BO Ostwind (Grenze zu Prenzlauer Berg). Die „alte“ BO Wedding mit Sitz in der Malplaquetstraße bleibt natürlich bestehen.

Durch diese Dezentralisierung können wir speziellen Kiezproblemen viel besser gerecht werden und uns für diese einsetzen. Die stei-

genden Mitgliederzahlen (über 25 % Zuwachs alleine in 2008) machen es möglich, dass wir überall im Wedding präsent sein können.

Wir sind überzeugt, dass wir so nicht nur den Betroffenen vor Ort besser helfen können, sondern auch die Ziele der LINKEN besser den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln können. Diese Ziele, bei denen uneingeschränkt der Mensch im Vordergrund steht, sind auf mehr Gerechtigkeit, gegen Ausbeutung durch das System, gegen Rassismus und Diskriminierung in jeder Form gerichtet. Gerne senden wir Interessierten die Programmatischen Eckpunkte der Partei DIE LINKE zu.

Wer diese Ziele vor Ort, aktiv oder auch passiv, mit uns voranbringen will, den laden wir herzlich ein, bei einem Treffen vor Ort, oder bei unseren gemeinsamen Veranstaltungen (s. letzte Seite) einmal „reinzuschnuppern“, oder vermitteln den Kontakt zu den GenossInnen im Kiez (Telefon – Email).

*Winfried Rietdorf und Werner Schulten  
DIE LINKE im Wedding*

## Beeindruckender Beginn von Kult(ur) am Sonntag

Ganz ehrlich: Gedichtbände gehören nicht zu meiner bevorzugten Lektüre. Und nun sollten ausgerechnet Gedichte vom Lyriker Erich Fried (†22.11.1988) aus Anlass seines bevorstehenden 20. Todestages den Reigen für Kult(ur) am Sonntag eröffnen, Besucher in die Malplaquetstraße 12 locken und „Lust auf mehr“ machen? Dennoch bin ich zum Links-Treff gegangen, um mal zu sehen, was das werden soll. Mit mir waren da noch 14 weitere Neugierige erschienen.

Was dann ablief an diesem Abend, war für mich richtig beeindruckend. Da war zunächst ein blendend aufgelegter Uwe Hiks, der zu Erich Fried und seinem Schaffen als Überleitung zu vier themenbezogenen Abschnitten informierte und das politische Engagement von Fried auch historisch einordnete. Nach diesen Einleitungen trug dann Silvia Höhne die Gedichte vor. Und wie! Das ging manch-

mal unter die Haut, ließ mich die Gefühlswelt der Worte Erich Frieds spüren. Starke Worte, mit denen Erich Fried Wut, Zorn, auch Verzweiflung ausdrückte. Seine Entschlossenheit aufzurütteln, wenn es darum geht, Niemandem das Recht auf Gewalt, Krieg, Terror und Mord zuzugestehen, war für mich immer spürbar.

Die Liebeslyrik, präsentiert als Rausschmeißer oder versöhnlichen Abschluss, wie es Uwe Hiks formulierte, gewann insbesondere durch Silvias für mich als Laien brillante Rezitation.

Mit diesem Gesamteindruck habe ich herzlich applaudiert und damit mein Dankeschön für einen gelungenen Abend an Silvia und Uwe zum Ausdruck gebracht.

Wenn es so weiter geht mit der Kultur am Sonntag im LinksTreff, dann hat diese Veranstaltungsreihe das Zeug, zum Kult im und für den Wedding zu werden.

*Bernhard Tornow  
DIE LINKE im Wedding*

# Seid umschlungen, Fantastillionen!

In den USA kaufen die Menschen neuerdings verstärkt Fernsehgeräte. Das soll ein optimistisches Signal sein, heißt es in irgendwelchen Meldungen. Ein optimistisches Signal an die Realwirtschaft, in diesem Fall die Hardcore-Produzenten der Unterhaltungsindustrie. Hallo, wir leben noch und wir kaufen eure Fernseher, haltet durch. Wir werden uns weiterhin jeden Mist angucken. Wir haben zwar keine Häuser mehr, aber sehen fern, wo auch immer.

Dabei gibts die Häuser ja eigentlich auch noch alle. Vielleicht sollte man einfach die

heißt, das Doppelte bezahlen müssen, aber über zwei Mark hätte der sich auch nicht beschweren dürfen, der Herr Pumpnickel oder wer auch immer. Aber weil er Schießer hieß, hat er das ganze für eine Mark gekriegt. Wenn jemand für Lehman brothers noch einen Dollar geboten hätte, wäre es wahrscheinlich sogar egal, ob von einem Brot- oder Unterwäschefabrikanten.

Nehmen wir einen durchschnittlichen New Yorker Obdachlosen im virtuellen Business-Anzug. Das hätten sie dem verkauft, auch wenn



ganzen leer stehenden Häuser für einen Dollar verkaufen; gab es bei uns in Deutschland ja auch schon mal: da wurde eine Wohnungsbaugenossenschaft für eine Mark an einen Brotfabrikanten verkauft. Und der Brotfabrikant hieß wie eine Unterwäschefirma. Daran kann man schon erkennen, wie unendlich kompliziert die Wirtschaft ist. Vielleicht hätte ein Unterwäschefabrikant, der wie eine Brotsorte

er sonst was gewesen wäre. Aber er hätte zumindest mal bei Lehmanns vorbeischaun müssen, einen echten auf Papier gedruckten Dollar auf den Tresen legen müssen, und sagen: Jungs und Mädels, ich weiß, so was kennt

ihr nicht, weil in euren 30 oder 40 Stockwerken hier kein einziges bedrucktes Papier dieser Art zu finden sein wird. Also ich gebe euch diese garantiert echte Dollarnote und ihr überlasst mir eure Bude, inklusive der Schulden versteht sich. Und unser New-Yorker Obdachloser wäre wahrscheinlich der höchst verschuldetste.

Hinark Husen

## Bürgerangebote

### LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete

jeden 1., 2. und 3. Mittwoch 17-19.00 Uhr  
durch RAe René Wenker, Karl Schwarz und Michael Groß

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff  
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe  
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit  
dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann  
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation  
der LINKEN im Wedding  
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

## Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)  
Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen.

LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse

BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

## Veranstaltungen

### LinksTreff

**Montag, 17. November 08 19.00 Uhr**

Die aktuellen Krisen des globalen Kapitalismus - **Ref.: Michael Popp**

### Kult(ur) am Sonntag

**Sonntag, 23. November 08 18.00 Uhr**

**Diether Dehm** liest aus seinem neuen Buch „Bella ciao“ und singt Lieder der italienischen Partisanen. Musikalische Begleitung: **Michael Letz, Oktoberklub**

**Sonntag, 21. Dezember 08 18.00 Uhr**

Aufführung des legendären Arbeiterfilms „**Kuhle Wampe**“  
mit **Erwin Geschonneck**

### Sprengelkiez

**Samstag, 15. November 08 15.00 Uhr**

„Nachtschwärmer bei Ernst“ Sprengelstr. 15

"Leben im Sprengelkiez -  
Zahlen, Fakten, Impressionen"

## Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck  
herausgegeben vom LinksTreff  
Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff  
Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347  
Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: [uffnwedding@linkstreff.de](mailto:uffnwedding@linkstreff.de)

web: [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)